



I. Einleitung und Zusammenfassung	1
II. Ein abgestimmter internationaler Sanierungsplan für nachhaltiges Wachstum	3
Der Koordinierungsbedarf	3
Öffentliche Ausgaben für mehr Arbeitsplätze	4
Ökologische Investitionen und Arbeitsplätze	4
Hochwertige öffentliche Dienstleistungen	4
Aktive Arbeitsmarktpolitik	5
Hilfe für Schwellen- und Entwicklungsländer	6
Öffentliche Unterstützung für das Welthandelssystem wieder aufnehmen	7
III. Neue Regeln für die internationalen Finanzmärkte	7
Vertrauen zurückgewinnen, Banken verstaatlichen	8
Reform des Finanzsystems	8
Die Renten von Beschäftigten schützen	11
IV. Lohndeflation stoppen und die Krise der Verteilungsgerechtigkeit beenden	11
V. Grundlagen schaffen für eine internationale Vereinbarung von Maßnahmen gegen den Klimawandel	12
VI. Wirksame und rechenschaftspflichtige Weltwirtschaftsordnung	13
VII. Schlussfolgerung	15

ERKLÄRUNG ZUM G20-GIPFEL IN LONDON

LONDONER ERKLÄRUNG VON GLOBAL UNIONS

APRIL 2009

I. Einleitung und Zusammenfassung

1 Die Weltwirtschaft steckt mitten in einer allumfassenden dreifachen Krise, die am US-Immobilienmarkt begann, sich über das keiner Regulierung unterworfenen Schattenbankensystem ausbreitete und zunächst zu einer Kreditmarktkrise und anschließend zur Arbeitsmarktkrise führte. Diese Situation hat sich zu einem komplexen und gefährlichen Teufelskreis mit fallenden Immobilienpreisen und wachsender Arbeitslosigkeit entwickelt, die gegenseitig die Krise im Kreditmarkt nähren. Diese Krise erstreckt sich auf Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer.

2 Beim ersten Treffen der Staats- und Regierungschefs der G20 im November 2008 in Washington stand die Welt bereits vor einem beispiellosen Wachstumsrückgang mit nachlassender Produktion in den Industrieländern. Die Situation hat sich jetzt dramatisch verschlechtert. Im letzten Quartal 2008 ist das BIP eingebrochen. Auf das Jahr umgerechnet sank das BIP in den G7-Ländern, der Europäischen Union und der OECD insgesamt um 6 Prozent¹. Das sind die schlechtesten Zahlen, die jemals registriert wurden. Der Contagion-Effekt wirkt sich mittlerweile auf die Schwellen- und Entwicklungsländer aus, in denen das Wachstum zum Stillstand gekommen ist, und das Pro-Kopf-BIP fällt. Aufgrund des starken Exportrückgangs und eines austrocknenden Privatkapitalflusses werden die Auswirkungen der Rezession in den Entwicklungsländern im Jahr 2009 immer deutlicher spürbar werden. Der Internationale Währungsfond (IWF) hält 26 einkommensschwache Entwicklungsländer in Afrika, Asien, Nord- und Südamerika und Osteuropa für „sehr verwundbar“ gegenüber den Beeinträchtigungen der weltweiten

¹ OECD, Quarterly National Accounts, 18. Februar 2009 (Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der OECD, 18. Februar 2009)

Rezession 2009². Die Errungenschaften der Millennium-Entwicklungsziele, in denen Mindestvorgaben für eine globale Anstrengung zur Beseitigung der Grundursachen von Armut formuliert wurden, sind durch die Wirtschaftskrise gefährdet. Zehn Jahre Fortschritt in der Armutsbekämpfung sind in ein paar Monaten null und nichtig geworden.

- 3 In den ersten Monaten des Jahres ist die Arbeitslosigkeit weiter angestiegen. Das ‚Worst-Case-Szenario‘ der IAO, wonach die Arbeitslosigkeit 2009 weltweit auf 50 Millionen ansteigen wird, erscheint vor diesem Hintergrund als überaus optimistisch³. Mehr als 200 Millionen Beschäftigte, zumeist in den Entwicklungs- und Schwellenländern, in denen es keine sozialen Sicherungsnetze gibt, könnten in extreme Armut verfallen, was bedeutet, dass die Zahl der arbeitenden Armen – mit einem Einkommen von weniger als 2 USD pro Tag für jedes Familienmitglied – auf 1,4 Mrd. ansteigen könnte. 60 Prozent der Armen dieser Welt sind Frauen. Beschäftigte auf der ganzen Welt, die ihre Arbeitsplätze und ihr Zuhause verlieren, sind die unschuldigen Opfer dieser Krise – einer Krise, die von der Gier und Inkompetenz im Finanzsektor beschleunigt wurde, die aber gestützt wird von der Politik der Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte in den vergangenen Jahrzehnten. Die Auswirkungen dieser Politik – stagnierende Löhne und Gehälter, Einschnitte in der sozialen Sicherheit, Aufweichung der Arbeitnehmerrechte, Zunahme prekärer Arbeit und Finanzialisierung – tragen gemeinsam zu mehr Ungleichheit und Verwundbarkeit bei. Das Ausmaß dieser Krise ist ein Beweis für das Versagen dieser Politik. Ohne eine radikale Reaktion der Regierungen wird sich dieser schwerste wirtschaftliche Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre auch in eine soziale und letztlich politische Krise verwandeln.
- 4 Wenn der Aufschwung wieder einsetzt, dürfen wir nicht weitermachen wie bisher. Die Krise muss das Ende einer Ideologie uneingeschränkter Finanzmärkte markieren, in denen Selbstbeschränkung als Form des Betrugs dargestellt wurde und die Gier zum Schaden der Realwirtschaft das rationale Urteilsvermögen ersetzt hat. Es gilt, einen neuen nationalen und globalen Rechtsrahmen aufzubauen, der die primäre Funktion der Finanzmärkte wiederherstellt, die darin besteht, eine stabile und wirtschaftliche Finanzierung gewinnbringender Investitionen sicherzustellen. Darüber hinaus ist ein neues Wirtschaftsentwicklungsmodell zu errichten, das wirtschaftlich effizient, sozial gerecht und nachhaltig gegenüber der Umwelt ist. Es muss das Ende einer Politik mit sich bringen, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu extremer Ungleichheit geführt hat. Dazu ist ein grundsatzpolitischer Paradigmenwechsel erforderlich. Die Staats- und Regierungschefs der G20 müssen einen multilateralen Prozess in Gang bringen, mit anderen Regierungen, der UNO und anderen Institutionen zusammenarbeiten, um den Ordnungsrahmen der Weltwirtschaft in der Weise neu zu entwerfen, dass soziale und Umweltprobleme dieselbe Priorität erhalten wie Handel und Finanzen.
- 5 Die internationale Gewerkschaftsbewegung ruft daher die Staats- und Regierungschefs der G20 auf, mit anderen Regierungen und internationalen Institutionen zusammenzuarbeiten, um einen 5-Punkte-Plan zu entwickeln, der die Maßnahmen darlegt, die erforderlich sind, um die Krise in den Griff zu

2 IMF, The Implications of the Global Financial Crisis for Low-Income Countries, 2009 (IWF, Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf Niedriglohnländer, 2009)

3 ILO Global Employment Trends, 28. Januar 2009 (IAO, Globale Beschäftigungstrends 2009)

bekommen und für die Zukunft eine gerechtere und nachhaltigere Weltwirtschaft aufzubauen. Dieser 5-Punkte-Plan umfasst:

- Die Umsetzung eines abgestimmten, internationalen Sanierungsplans für ein nachhaltiges Wachstum mit dem vordringlichen Ziel (1) der Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere durch öffentliche Investitionen und eine aktive Arbeitsmarktpolitik, (2) des Schutzes der am wenigsten Abgesicherten dieser Welt durch mehr soziale Sicherheit und (3) die Tötigung von Investitionen in die „grüne Wirtschaft“ – die so genannte Green Economy –, damit die Weltwirtschaft auf klimaschonende Weise Wachstum erzielen kann. Den Entwicklungs- und Schwellenländern sind die Mittel und der politische Rahmen bereitzustellen, um eine anti-zyklische Politik zu betreiben (Abs. 6 - 17).
- Die sofortige Verstaatlichung insolventer Banken, um das Vertrauen und die Kreditfähigkeit des Finanzsystems zurückzugewinnen und darüber hinaus einen neuen Ordnungsrahmen für die Regulierung des globalen Finanzsystems zu schaffen, der die volle Unterstützung aller Interessengruppen findet. Zu diesem Zweck schlagen wir einen 8-Punkte-Plan (Abs. 18 - 22) vor;
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Gefahr einer Lohndeflation und zur Umkehrung der zunehmenden Einkommensungleichheit durch eine umfassendere Abdeckung mit Tarifverhandlungen sowie die Stärkung der Institutionen, die die Löhne festlegen, um eine solide Grundlage auf den Arbeitsmärkten zu schaffen (Abs. 23-26);
- Die Schaffung von Voraussetzungen für eine weitreichende und ehrgeizige internationale Klimaschutzvereinbarung auf der UN-Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen (Abs. 27 - 29);
- Die Etablierung neuer rechtlicher Rahmenbedingungen zur Regulierung der internationalen Wirtschafts- und Sozialinstitutionen (IAO, IWF, Weltbank WTO und OECD) sowie die Reform dieser Institutionen und der Aufbau einer wirksamen und rechenschaftspflichtigen Weltwirtschaftsordnung (Abs. 30 - 33).

II. Ein abgestimmter internationaler Sanierungsplan für nachhaltiges Wachstum

Der Koordinierungsbedarf

- 6 Für die Staats- und Regierungschefs der G20 sollte es höchste Priorität haben, Vertrauen zu schaffen, in dem sie den freien Fall des Wirtschaftswachstums weltweit aufhalten und den Beschäftigungsrückgang umkehren. Die Regierungen haben alle zu diesem Zweck erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Sie müssen die Hebelwirkung, die sie bei Banken haben, nutzen, um die Kreditvergabe wieder in Gang zu bringen und zusätzliche Liquidität bereitstellen. Seit November 2008 haben die meisten G7-Länder, weitere in den G20 vertretene Länder und andere Staaten finanzpolitische Maßnahmen für mehr Wachstum angekündigt oder eingeführt. Diese Maßnahmen hätten eine doppelt so starke Wirkung auf Beschäftigung und Wachstum, wenn sie koordiniert und international ergänzt würden⁴. Bisher fehlt eine derartige Koordinierung: Der von den USA ausgehende Impuls beläuft sich auf mindestens 2 Prozent des jährlichen BIP, während die Anfang Februar 2009 über die

4 IMF, Fiscal Policy for the Crisis, 29. Dezember 2008 (IWF, Fiskalpolitik für die Krise, 29. Dezember 2008)

EU-Länder veröffentlichen Daten sich auf weniger als 1 Prozent des BIP der EU belaufen. Der G20 muss es gelingen, die momentanen „Trittbrettfahrer“ zum Handeln zu bringen und koordinierte Maßnahmen zu ergreifen, um die Weltwirtschaft anzukurbeln. Die Länder mit Außenhandelsüberschuss sollten dabei die Führungsrolle übernehmen. Wir wiederholen unseren Ruf nach einem internationalen Sanierungsplan, der sich auf mindestens 2 Prozent der Weltproduktion beläuft. Die zentralen Notenbanken sollten die Leitzinsen weiter senken und quantitative Lockerung als geldpolitische Methode einsetzen, um staatliche Investitionen bei geringen Zinskosten zu finanzieren.

Öffentliche Ausgaben für mehr Arbeitsplätze

- 7 Die Maßnahmen in den einzelnen Ländern müssen auch darauf zielen, eine möglichst große Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Eine neue wirtschaftliche Landkarte ist erforderlich, auf der die Sektoren mit den größten Wachstumschancen der Zukunft zu erkennen sind. Die Regierungen sollten Programme zur Investition in die Infrastruktur auf den Weg bringen, die kurzfristig zu einem Anstieg der Nachfrage und mittelfristig zu mehr Produktivitätswachstum in der Realwirtschaft führen. Die Kaufkraft von Geringverdienern, einschließlich der hauptsächlich von Frauen geführten Haushalte mit nur einem Einkommen, sollte durch entsprechende Maßnahmen gestärkt werden. Mehr Geld in den Taschen der Geringverdiener stärkt die Wirtschaft, denn am ehesten sind sie es, die zusätzliches Geld sofort wieder ausgeben und dadurch helfen, die Rezession zu überwinden. Dies kann durch höhere Unterstützungsleistungen, direkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Steueränderungen erfolgen. Die vorhandenen Mittel sollten nicht für wirkungslose allgemeine Steuersenkungen verwendet werden: Ausgaben für das soziale Sicherungsnetz und Investitionen in lokale öffentliche Dienstleistungen, einschließlich Bildung und Gesundheit, sind während einer Rezession fast doppelt so wirkungsvoll wie Steuersenkungen.

Ökologische Investitionen und Arbeitsplätze

- 8 Die Zeit zur Umsetzung des von dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) geforderten ‚Green New Deal‘ war noch nie so günstig. Die Agenda für ökologische Arbeitsplätze (‚Green Jobs‘) erfordert einerseits umfangreiche staatliche Investitionen in eine von mehr Energieeffizienz und erneuerbaren Energien geprägte ökologische Infrastruktur – wodurch die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze in verschiedenen Branchen gefördert wird – sowie andererseits die Aufstockung finanzieller Mittel für Forschung und Entwicklung, die Verbreitung und Einführung neuer Technologien und die Aktualisierung der Modelle zur Kompetenzentwicklung (Skills-Development-Schemes).

Hochwertige öffentliche Dienstleistungen

- 9 Im Rahmen eines neuen Entwicklungsmodells müssen die Regierungen die Aufgabe des öffentlichen Sektors, hochwertige Grunddienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Wasser, Kanalisation, Sicherheit, Feuerbekämpfung und Zivilschutz bereitzustellen, auf nationaler wie kommunaler Ebene stärken. Hochwertige öffentliche Dienstleistungen können einen essenziellen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und für mehr Gerechtigkeit leisten. Sie bilden neben einer wirksamen und ethisch orientierten Verwaltung der

Gesetzgebung und der Anwendung regulatorischer Rahmenbedingungen die Eckpfeiler gesunder demokratischer Gesellschaften.

10 Die Zeit ist reif, um in Menschen – in ihre Bildung und Gesundheit – zu investieren und sich um die Jüngsten und die Alten zu kümmern. Angesichts des beschleunigten Arbeitsplatzabbaus in den von der Krise betroffenen Branchen gibt es eine eindeutige Begründung, in Bildung und Ausbildung zu investieren: die Förderung des Transfers von Arbeitskräften in Sektoren, in denen Fachkräfte benötigt werden. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt, dass es im Gesundheits-/Pflegebereich *unter anderem* aufgrund der Alterung der Bevölkerung einen Bedarf an weltweit 4,2 Millionen zusätzlichen Beschäftigten gibt. Im Bildungssektor müssen schätzungsweise 8 Millionen neue Lehrer ausgebildet werden, um das Ziel einer hochwertigen Bildung für alle Kinder im Grundschulalter bis 2015 zu erreichen. Millionen weiterer Lehrer und Ausbilder werden für die Berufsausbildung und Schulung von Fähigkeiten zur Stützung der Realwirtschaft und für die Bindung von Beschäftigten angesichts sich umstrukturierender Ökonomien benötigt. Darüber hinaus müssen die Regierungen ihre Bemühungen zur Verringerung der Armut von Frauen verstärken, die gegenwärtig die Mehrheit der Armen dieser Welt ausmachen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

11 Menschen in Arbeit zu halten, Belegschaften zusammenzuhalten und Arbeitsplätze zu sichern, muss Priorität haben. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik (ALMPs, Active Labour Market Policies) spielt dabei eine wichtige Rolle, aber dennoch machen die Ausgaben dafür nur einen geringen Anteil an den Konjunkturpaketen der meisten Länder aus. Durch entsprechende Programme müssen die Gefahren von Arbeitslosigkeit und Einkommensverlusten vermindert und eine Einkommenssicherung bereitgestellt werden. In schwierigen Zeiten wie diesen müssen Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden und ihre Beschäftigten so lange wie möglich behalten. In der IAO waren sich Beschäftigte, Regierungen und Arbeitgeber einig, dass die „Restrukturierung auf Gesprächen zwischen Management, Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretern beruhen sollte“⁵. Unternehmen, die öffentliche Hilfen erhalten, müssen die Vereinbarungen zwischen Regierungen und Gewerkschaften respektieren, um vereinbarte Restrukturierungsprogramme durchführen zu können, die die Elemente Beschäftigung und Schulung berücksichtigen.

12 Die Regierungen sollten eine Arbeitsmarktpolitik verfolgen, die

- Unternehmen davon abhält, beim ersten Anzeichen von Problemen Beschäftigte zu entlassen, und die Unternehmen unterstützt, die vorübergehend in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind;
- sich auf die am stärksten von der Krise Betroffenen konzentriert, wie junge, ältere und ungelernete Arbeitskräfte, Zeitarbeits- und Teilzeitkräfte, Frauen und Migrantinnen;
- sich verstärkt darum bemüht, die Lohn Differenz zwischen den Geschlechtern zu beseitigen, die schätzungsweise mehr als 22 Prozent beträgt⁶;

5 ILO Global Dialogue Forum on the Impact of the Financial crisis on Finance Sector Workers (Globales IAO-Dialog-Forum über die Folgen der Finanzkrise auf Beschäftigte im Finanzsektor, 24. – 25. Februar 2009)

6 IGB, (Un)Gleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt: Ein Überblick über globale Trends und Entwicklungen, 2009

- eine Einkommenssicherung bietet, insbesondere durch eine ausgeweitete Arbeitslosenunterstützung;
- die volle Einhaltung nationaler und internationaler Arbeitsrechtsstandards zum Kündigungsschutz sicherstellt;
- Investitionen in Menschen fördert und verbesserte Schulungsmöglichkeiten anbietet, um Beschäftigten aller Altersgruppen den Erwerb neuer Kompetenzen zu erleichtern;
- ausländischen Arbeitnehmern dieselben Rechte zusichert wie anderen Bürgern, denn deren Stigmatisierung führt nicht nur zu Fremdenfeindlichkeit, sondern verschärft letztlich auch die Armut.

Hilfe für Schwellen- und Entwicklungsländer

- 13** Während die Arbeitslosigkeit weltweit ansteigt, können die meisten Beschäftigten dieser Welt nicht auf Arbeitslosengeld zurückgreifen, wenn sie ihre Arbeit verlieren. Sie können sich nur auf ihre eigenen Ersparnisse oder auf die Unterstützung durch die eigene Familie im Alter verlassen. Aus der Krise erwächst sowohl die Verpflichtung wie die Chance, menschenwürdige soziale Sicherungsnetze zu schaffen, die in Ländern, die gegenwärtig nicht darüber verfügen, unabhängig von ihrem Entwicklungsstand als automatische Stabilisatoren fungieren können.
- 14** Steigende Arbeitseinkommen und eine ausgeweitete soziale Sicherung sind vor allem für den Aufschwung in den Schwellenländern von Bedeutung, die in der Vergangenheit hohe Wachstumsraten durch eine exportorientierte Entwicklung zu verzeichnen hatten, gegenwärtig aber einen Zusammenbruch ihrer wichtigsten Exportmärkte erfahren. Der Aufschwung in diesen Ländern und das Erreichen eines langfristigen nachhaltigen Wachstums hängen von der Fähigkeit dieser Länder ab, eine stärkere einheimische Nachfrage aufzubauen. Dies macht eine bessere Einhaltung der Arbeitnehmerrechte erforderlich, damit Gewerkschaften bei steigender Produktivität angemessene Lohnerhöhungen und eine umfangreichere soziale Sicherung, bspw. durch Renten- und Krankenversicherungsprogramme, aushandeln können. Derartige Strategien tragen zur Korrektur des ‚globalen Ungleichgewichts‘ in den Handels- und Finanzströmen und zur Umkehrung der zunehmenden Einkommensungleichheit bei, die es in vielen dieser Länder gibt.
- 15** Es besteht die Gefahr, dass die Industrie- und Schwellenländer bei ihren Bemühungen um den Aufschwung die Niedriglohnländer außer Acht lassen. Die Armen sind noch immer von der Nahrungsmittelkrise erschüttert. Zwar sind die Preise für Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter angesichts der weltweiten Rezession wieder moderater geworden, doch sind die Wirkungen noch immer spürbar: Die Getreidepreise sind beispielsweise noch immer 71 Prozent höher als 2005. Durch sinkende Einkommen wird die Wirtschaftskrise die Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise weiter verschärfen. Die am meisten davon Betroffenen sind arme Land- und Stadtbewohner, landlose Farmer, von Frauen geführte Haushalte und seit kurzem Arbeitslose, einschließlich ausländischer Arbeitnehmer. Es ist absolut wichtig, das Niveau der im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) erbrachten Leistungen beizubehalten oder zu steigern. Die Budgets für Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) müssen beibehalten werden, mit der Über-

nahme verbindlicher Verpflichtungen und der Verabschiedung eines Zeitplans zur Einhaltung des UN-Ziels von 0,7 % des BIP. Die Nahrungsmittelsicherheit darf nicht von der Agenda der Regierungen verschwinden. Diese müssen gemeinsam eine langfristige landwirtschaftliche Stabilität aufbauen, um sicherzustellen, dass die Menschen sich Grundnahrungsmittel leisten können und einen sicheren und nachhaltigen Zugang zu Nahrungsmitteln haben.

- 16** Die meisten Entwicklungsländer und einige Schwellenländer betreiben eine prozyklische Finanzpolitik, weil sie von den internationalen Finanzinstitutionen (IFI) dazu gedrängt werden, in Zeiten der Krise ‚fiskalpolitische Disziplin‘ zu wahren. Die internationale Gemeinschaft muss expansive Programme zum Aufschwung in Entwicklungsländern unterstützen. Diese sind erforderlich, um einen weiteren Anstieg der Armut zu verhindern und die weltweite Nachfrage zu erhöhen. Die internationalen und regionalen Entwicklungsbanken sowie andere Agenturen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht sicherzustellen, dass alle Regionen an den Bemühungen um einen Aufschwung teilhaben. Dies erfordert sowohl eine stärkere finanzielle Unterstützung durch die IFI und Geberländer als auch ein Ende der schädlichen Wirtschaftspolitik, die gelegentlich mit einer Unterstützung durch die IFI einhergeht. Die IFI sollten ihre Entschuldungsinitiativen ausweiten und den Ordnungsrahmen reformieren, damit die am stärksten von deren Maßnahmen betroffenen Länder ihre eigene Politik stärker selbst beeinflussen können.

Öffentliche Unterstützung für das Welthandelssystem wieder aufnehmen

- 17** Der Außenhandel bricht zusammen, allerdings eher bedingt durch die schrumpfende Realwirtschaft als durch Protektionismus. Es gilt, die Fehler der Krise in den 1930er-Jahren, zu einer ‚Beggary-Neighbour‘-Politik zurückzukehren, zu vermeiden. Der Außenhandel kann zu mehr Wirtschaftswachstum, Aufschwung und Entwicklung führen, allerdings nur unter den richtigen Bedingungen. Voraussetzung für die erneute Legitimierung und öffentliche Unterstützung des Welthandelssystems und folglich der Doha-Entwicklungsagenda ist ein Fortschritt bei der Durchsetzung des Schutzes grundlegender Arbeitnehmerrechte. Außerdem ist dabei sicherzustellen, dass die Entwicklungsländer einen Aufschwung, eine menschenwürdige Beschäftigung und zukünftige industrielle Entwicklung erzielen und, falls nötig, kurzfristige Kapitalflüsse kontrollieren können, um Entwicklungsziele einzuhalten. Außerdem sind weitere Mechanismen wie Vorratslager und kompensatorische Maßnahmen erforderlich, um Niedriglohnländer vor der Volatilität des Rohstoffmarkts zu schützen.

III. Neue Regeln für die internationalen Finanzmärkte

- 18** Die Staats- und Regierungschefs der G20 sollten sofortige Maßnahmen zur Wiederherstellung der Liquidität und Solvenz im Bankensystem ergreifen, damit es seine essenzielle Aufgabe erfüllen kann, produktive Investitionen zu finanzieren. Darüber hinaus müssen die Staats- und Regierungschefs eine grundlegende Reform des globalen Finanzsystems in Angriff nehmen, um der Finanzialisierung, die die Realwirtschaft erschüttert hat, ein Ende zu bereiten. Die Regierungen haben sicherzustellen, dass sich nie wieder eine Krise dieses Ausmaßes ereignet.

Vertrauen zurückgewinnen, Banken verstaatlichen

19 Im Bankensektor gibt es eine große Anzahl insolventer Banken, die eigentlich längst pleite gegangen wären, hätte die Krise nicht ein derartiges Ausmaß angenommen und wären einige Banken nicht schlichtweg ‚zu groß, um in Konkurs zu gehen‘. Die Regierungen stehen vor zwei Möglichkeiten: (1) vom Steuerzahler finanzierte Abwicklungsbanken (Stichwort ‚Bad Bank‘) zu gründen, die notleidende Kredite von sanierungsbedürftigen Banken aufkaufen; oder (2) alle schwächelnden Banken, ausgehend von dem Risiko, das sie für das System darstellen, zu verstaatlichen. Bei der ersten Möglichkeit werden weder die ‚schlechten‘ Anlagen von den ‚guten‘ unterschieden, noch kann damit Vertrauen zurückgewonnen werden, vielmehr verschlimmern sich damit nur die öffentlichen Staatsfinanzen. Eine solcher ‚Notverkauf‘ von Bankaktien würde zu einem Geldtransfer von Arbeitnehmern hin zu den wohlhabendsten Haushalten dieser Welt führen, die überproportional stark unter den Aktionären von Finanzinstituten vertreten sind. Die Verstaatlichung ist unter den gegenwärtigen Umständen die einzige Möglichkeit, um Vertrauen zurückzugewinnen, eine gerechte Risikoteilung vorzunehmen und sicherzustellen, dass die Steuerzahler von den Gewinnen profitieren, wenn die Solvenz einmal wiederhergestellt ist.

Reform des Finanzsystems

20 Die Regierungen müssen das Demokratiedefizit ausgleichen, das die bisherigen Bemühungen um eine Neugestaltung der Finanzarchitektur nach der Krise kennzeichnet. Sie sollten die Reform des Finanzsystems nicht den Experten des Forums für Finanzstabilität (FSF) überlassen, denselben Experten, die das gegenwärtige System geschaffen haben, das jetzt so desaströs zusammengebrochen ist. Außerdem hat es das FSF in der Vergangenheit versäumt, sich mit den Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft oder anderen Interessengruppen, einschließlich UNO und IAO, zu beschäftigen. Es verfügt über keine geeignete Kontrollstruktur, Expertise oder Ressourcen, die dies in Zukunft möglich machen würden.

21 Die gegenwärtige Krise hat die Grenzen der Methode der ‚übertragenen Aufsichtspflicht‘ offen gelegt. Diese Methode sieht vor, dass nur ein kleiner Teil des Finanzsystems (z. B. die Geschäftsbanken) einer ordnungsgemäßen Überwachung bedarf. Verschiedene, nach September 2008 gegründete Initiativen haben die Notwendigkeit erkannt, die Methode der leichten Regulierung wieder auf das globale Finanzsystem der Vergangenheit zurückzufahren⁷. Die Zeit ist reif für eine verbindliche Regulierung zur Gewährleistung der öffentlichen Kontrolle und Übersicht über alle Finanzinstitutionen, -produkte und -transaktionen. Wir schlagen den folgenden 8-Punkte-Plan vor:

> Konsequenz gegen die ‚Schatten‘-Bankenwirtschaft durchgreifen. Die Regierungen haben sicherzustellen, dass alle Institutionen, Produkte und Transaktionen lückenlos reguliert werden. Vor allem Fonds aus Privatkapital

7 Modernizing the American Financial Regulatory System, Congressional Oversight Panel (COP), Special Report on Regulatory Reform, Januar 2009: <http://cop.senate.gov/documents/cop-012909-report-regulatoryreform.pdf> ; (Die Modernisierung des amerikanischen Finanzregulierungssystems, Aufsichtsgremium des Kongresses, Sonderbericht über die Regulierungsreform, Januar 2009) Principles for a New Financial Architecture, Stiglitz, UN Commission of Experts of the President of the UN General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System, Januar 2009; (Grundsätze einer neuen Finanzarchitektur, Stiglitz, UN-Expertenkommission des Präsidenten der UN-Generalversammlung zur Reform des Internationalen Währungs- und Finanzsystems) <http://www.un.org/ga/president/63/commission/newfinancialarchitecture.pdf>

(Hedgefonds und Unternehmensbeteiligungen) dürfen nicht von der Regulierung ausgeschlossen sein, die für andere Formen der Vermögensverwaltung gilt. Dies schafft eine Rechenschaftspflicht für Investoren, Transparenz und bei Bedarf auch Arbeitgeberverantwortlichkeiten. Alle Formen kreditbezogener bilanzneutraler Transaktionen sind zu verbieten. Finanzprodukte, die Kreditrisiken übertragen (wie Credit Default Swaps und Obligationen) sowie andere ‚strukturierte Finanzprodukte‘, die auf den Märkten verbrieft sind, müssen behördlicher Aufsicht unterstellt werden. Generell sollte das Trading an wirtschaftliches Eigentum gebunden sein. Kreditratingagenturen sind ordnungsgemäß zu regulieren, um Interessenkonflikte bei der Bewertung von Produkten und Institutionen zu vermeiden.

- > **Steueroasen und Offshore-Finanzplätze austrocknen und neue internationale Besteuerungsverfahren einführen.** Die Staats- und Regierungschefs der G20 müssen sich auf eine gemeinsame internationale Vorgehensweise einigen, damit die internationalen Normen auch bei Steueroasen, Offshore-Finanzplätzen (OFC) und Rechtssystemen mit ausgeprägtem Bankgeheimnis – insbesondere bei der OECD-Beobachtungsliste mit 38 Gebieten – Anwendung finden. Außerdem sind Maßnahmen zu ergreifen, die den ‚Steuerwettlauf nach unten‘ stoppen, der die Einziehung von Steuern in vielen Ländern untergräbt. Die Regierungen sollten Sanktionspakete entwickeln, um ihre Steuerbemessungsgrundlage zu schützen. Dazu gehören auch die Begrenzung von Investitionen für institutionelle Anleger und höhere Strafen für Steuervergehen. Darüber hinaus sollte eine internationale Besteuerung von Finanztransaktionen, z. B. bei kurzfristigen Kapitalbewegungen, eingeführt werden, um die vom Steuerzahler finanzierten, infolge der Krise gemachten Staatsschulden zu finanzieren. Eine derartige Steuer trägt dazu bei, die Entwicklungsländer vor der Volatilität des Weltmarktes zu schützen.
- > **Entwicklungsländern einen gerechten und nachhaltigen Zugang zu den internationalen Finanzmärkten gewährleisten.** Für die Entwicklungsländer sollte es Kreditbedingungen geben, die ihren Anforderungen und Kapazitäten entsprechen. Geeignete Maßnahmen zur Förderung von Entwicklungszielen wären das IWF-Sonderziehungsrecht (SZR, Special Drawing Rights), das zu einer schnelleren Kooperation regionaler Währungen führt, sowie die Umlenkung des Kapitalflusses, einschließlich der Staatsfonds, von Ländern, die gegenwärtig Überschüsse erzielen.
- > **Das Geschäftsmodell von Privatbanken reformieren, um Vermögensblasen vorzubeugen und Verschuldungsrisiken zu verringern.** Die Gesetze über eine angemessene Kapitalausstattung – das Kapital, das Banken benötigen, um ihr Kreditgeschäft abzusichern – sind stärker an das Wachstum ihrer Vermögenswerte und den Risikograd dieser Vermögenswerte anzupassen. Auf diese Weise wären Banken nicht mehr dazu geneigt, sich selbst übermäßigen Vermögensrisiken auszusetzen. Die Folge wäre eine stärkere Kapitalverteilung auf sozial wünschenswerte Ziele und eine einfachere Kontrolle der Asset-Price Inflation durch die Zentralbanken.
- > **Die Vergütung von Managern, Aktionären und anderen Kreditvermittlern kontrollieren.** Vergütungssysteme sind gesetzlich so zu regulieren, dass die Vergütung langfristige wirtschaftliche, soziale und ökologische Leistungen reflektiert und fördert. Unternehmen sollten Gewinne in Unternehmensreserven stecken können, um diese später wieder in Produktivvermögen zu investieren. Die Vergütung von Managern und Tradern sollte

entsprechend der Gehälter und Pensionen der Beschäftigten begrenzt werden. Bei Finanzdienstleistungen ist die Vergütung an verantwortlichen Verkaufs- und Kreditpraktiken zu koppeln. Die Einlösung von Boni und anderen leistungsabhängigen Vergütungen sollte für fünf Jahre verboten werden. Die Aktionäre müssen daran gehindert werden, das Vermögen von Unternehmen in Wachstumszeiten durch Dividenden und Aktienrückkäufe zu plündern, wodurch die Bilanzen von Unternehmen in Zeiten der Konjunkturschwäche nicht ausreichend kapitalisiert sind. Unternehmensbeteiligungen gefährden vor allem aufgrund des nicht nachhaltigen Modells der fremdfinanzierten Übernahme mehrere Millionen Arbeitsplätze.

- > **Familien von Beschäftigten vor aggressiven Kreditverkäufen (Predatory Lending) schützen.** Die Regierung sollten Schritte zu mehr Kreditsicherheit für Familien von Beschäftigten einleiten, indem sie für die Transparenz von Finanzkontrakten (Immobilien, Kreditkarten, Versicherungen), die Möglichkeit zu wirkungsvollen Regressen, die Nähe von Serviceleistungen und für die Bezahlbarkeit der Kredite (Höchstbeträge für Zinsen und Gebühren) sorgen. Die Vergütungs- und Anreizsysteme von Banken, ihren Beschäftigten und anderen Kreditanbietern sollten so gestaltet sein, dass sie verantwortliche Vertriebs- und Kreditpraktiken im Interesse der Kunden gewährleisten.
- > **Die öffentliche Rechenschaftspflicht, das Mandat und die Mittel von Aufsichtsbehörden konsolidieren und erhöhen.** Die Regierungen müssen handeln, um die nach Geschäftsaktivitäten und jeweiligem nationalen Rechtsbereich fragmentierte Regulierung von Finanzen zu beenden. Eine supranationale Konsolidierung kann erforderlich werden, das gilt insbesondere für Europa. Die Aufsichtsbehörden benötigen entsprechend ihrer Aufgaben ausreichende Befugnisse und Mittel zur Vollstreckung. Ihr Mandat sollte insbesondere auf die Überwachung der Asset-Price Inflation ausgeweitet werden. Die Sprache der Gewerkschaften muss aus ihren Kontrollstrukturen herauszuhören sein. Der Aufsichtsrahmen, einschließlich Aufsichtsgremien (Colleges of Supervisors) sollte für eine Zusammenarbeit der Finanzbehörden mit den Gewerkschaften und anderen Arbeitnehmervertreterorganisationen im Finanzsektor sorgen: z. B. durch Betriebsräte und internationale Rahmenvereinbarungen, die zwischen globalen Gewerkschaftsföderationen und multinationalen Unternehmen ausgearbeitet werden.
- > **Den Banksektor neu strukturieren und diversifizieren.** Unterschiedliche Geschäftsmodelle und Rechtsformen werden benötigt, um ausgeglichene und stabile inländische Finanzdienstleistungen aufzubauen, die der Realwirtschaft nützen und den Bedürfnissen der Familien von Beschäftigten gerecht werden. Die Regierungen sollten alternative Modelle zu gewinnorientierten Bank- und Versicherungsdienstleistungen fördern, wie beispielsweise Kreditgenossenschaften, Genossenschaftsbanken, Versicherungen auf Gegenseitigkeit und andere kommunale und öffentliche Finanzdienstleistungen. Sie sollten außerdem sicherstellen, dass es in Zukunft keine großen Konglomerate mehr gibt, die entweder ‚zu groß sind, um in Konkurs zu gehen‘, oder verschiedene Geschäftsarten wie Bankgeschäfte, Versicherungen, Investment-Banking etc. kombinieren. Restrukturierungsmaßnahmen müssen den sozialen Dialog auf höchstem Niveau zugrunde legen, Auswirkungen auf die Beschäftigung sind abzumildern.

Die Renten von Beschäftigten schützen

22 Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben Maßnahmen zum Schutz der vorfinanzierten Altersvorsorge zu treffen. Die Krise hat deutlich gemacht, wie gefährlich eine unbegrenzte Investition zur Altersvorsorge in den ‚Schatten‘-Bankensektor ist. Nach Angaben der OECD ist der Wert von Pensionsfonds im Jahr 2008 um mehr als 3,3 Billionen USD zurückgegangen, das sind real 20 Prozent. Zurückzuführen ist dies auf den Rückgang von Eigenkapitalwerten, festverzinslichen Anlagen, Hedgefonds und strukturierten Finanzprodukten. Die direkten Folgen der Krise bekommen diejenigen zu spüren, die kurz vor der Pensionierung stehen, deren Renten unter die ungeschützten ‚beitragsorientierten‘ Modelle fallen, bei denen die letztliche Höhe der Rente von der Leistungsfähigkeit des Pensionsfonds abhängt. Die Regierungen sollten geeignete Schritte unternehmen, um eine angemessene Rente für Beschäftigte zu sichern, die mit vorfinanzierten Modellen für das Alter vorsorgen. Unter anderem ist zu gewährleisten, dass Arbeitgeber ihren Anteil am Risiko und der Finanzierung der Rente tragen. Auf diese Weise werden die bestehenden staatlichen Garantiemodelle und die Regulierung der Investitionen in Rentenfonds insgesamt gestärkt.

IV. Lohndeflation stoppen und die Krise der Verteilungsgerechtigkeit beenden

23 Aufgrund der ‚Flexibilisierung‘ der Arbeitsmärkte ist die Gefahr einer Lohndeflation in den meisten Ökonomien in den vergangenen 25 Jahren gestiegen. Durch geringere Kaufkraft und gestiegene Unsicherheit trägt sie zu der Krise bei. Die Regierungen sollten nicht denselben Fehler begehen wie in den 1930er-Jahren, als Löhne verstärkt gekürzt wurden. Anstatt eine Politik zu verfolgen, die den Arbeitnehmerschutz schwächt und die Prekarität ihrer Arbeit erhöht, müssen die Regierungen den Arbeitsmarkt auf eine solide Grundlage stellen, um die Abwärtsspirale von Lohndeflation und Preisen zu vermeiden. Es gilt, die grundlegenden Arbeitnehmerrechte zu schützen, Tarifverhandlungen auszuweiten und den Wiederaufbau der Institutionen zu fördern, die eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Wohlstand ermöglichen. Die Mindestlöhne müssen hoch genug sein, damit Beschäftigte und ihre Familien unter menschenwürdigen Verhältnissen leben können und ein weiterer Anstieg der arbeitenden Armen verhindert wird. Die Mehrzahl der Menschen mit unsicheren Arbeitsbedingungen sind Frauen. Die Gleichheit der Geschlechter und die Abschaffung der Diskriminierung gegen Frauen am Arbeitsplatz sollten ganz oben auf der Agenda nationaler und internationaler Politik stehen.

24 Vor Beginn der Krise gab es sowohl in als auch zwischen den Staaten eine steigende Einkommensungleichheit. In zwei Dritteln der wohlhabendsten OECD-Länder sind die Lohnsteigerungen hinter dem Produktivitätswachstum zurückgeblieben⁸. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen ist in allen Ländern, für die Daten existieren, zurückgegangen. In den Entwicklungsländern hat die Weltbank noch vor der Nahrungsmittelkrise von 2007/2008 und der derzeitigen Finanzkrise festgestellt, dass die Ungleichheit in 46 von 59 untersuchten Ländern gegenüber dem vorhergehenden Jahrzehnt zugenommen hat. Die sich zusätzlich zu der Krise im Welternährungssystem verschlechternde wirtschaftliche Lage verstärkt die vorhandene

8 „Growing Unequal“, OECD, Oktober 2008 („Ungleiches Wachstum“, OECD, Oktober 2008)

Ungleichheit. Anstelle eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums durch Investitionen, Produktivität und wachsenden Wohlstand der Beschäftigten gab es eine Reihe von Spekulationsblasen, die zu mehr Wohlstand für wenige führten. Die Mehrheit bezahlt jetzt die Zeche dafür. Wir brauchen ein neues, ökologisch nachhaltiges Wirtschaftsentwicklungsmodell, das ein ausgeglichenes Reallohnwachstum gewährleistet und mit der Produktivität steigt. Außerdem brauchen wir ein gerechteres Steuersystem, das die Ungleichheit durch Verlagerung der Besteuerung von der Arbeit auf das Kapital beseitigt.

25 In den meisten Entwicklungsländern sind die Arbeitsmarktinstitutionen noch schwächer als in den Industrieländern. Ein großer Teil der Erwerbstätigen arbeitet im ‚informellen Sektor‘, in dem keinerlei Beschäftigungsschutz besteht. Eine grundlegende Arbeitsmarktregulierung – etwa durch Mindestlöhne, Höchstarbeitszeiten, Abfindungen bei Arbeitsplatzverlust und Begrenzung von kurzfristigen Arbeitsverträgen – ist für den Schutz der Beschäftigten vor Missbrauch unerlässlich. Das gilt auch für die volle Einhaltung der Kernarbeitsnormen, damit die Beschäftigten sich organisieren und gemeinsam höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen aushandeln können. Die internationalen Finanzinstitutionen (IFI) sollten eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes in Entwicklungsländern während der Krise nicht unterstützen. Denn dadurch verschlimmert sich die Lage der Beschäftigten nur noch mehr, insbesondere weil die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten in den Entwicklungsländern auf keine Form der Einkommenssicherung zurückgreifen kann. Die IFI sollten gemeinsam mit der IAO die Schaffung sicherer Arbeitsplätze mit angemessenen Löhnen, sozialer Absicherung und Arbeitnehmerrechten fördern.

26 Langfristig ist die dreigeteilte Struktur wirtschaftlicher und sozialer Beratung und Politikplanung, die 30 Jahre lang Sprungbrett für das hohe Wirtschaftswachstum und die höheren Lebensstandards in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg gewesen ist, zu überarbeiten. Die Einbeziehung von Arbeitnehmervertretern in die Entscheidungen zu Beschäftigung und Wirtschaftswachstum entspricht nicht nur den demokratischen Prinzipien, sie ist auch wirtschaftlich sinnvoll. Das alternative neoliberale Modell verurteilt uns dazu, die Fehler der 1920er- und 1990er-Jahre zu wiederholen und die zunehmende Ungleichheit beizubehalten, die zu finanzieller Unsicherheit und letztlich zu dem Börsensturz führte.

V. Grundlagen schaffen für eine internationale Vereinbarung von Maßnahmen gegen den Klimawandel

27 Die Staats- und Regierungschefs der G20 müssen sicherstellen, dass die dringend erforderlichen Maßnahmen gegen den Klimawandel nicht von dieser Krise vereitelt werden. Vielmehr sollten die Regierungen, wie in dieser Erklärung gefordert, global abgestimmte fiskalpolitische Antworten auf die Wirtschaftskrise geben, um die Agenda für eine ‚grüne Wirtschaft‘ voranzubringen und damit den Weg für ein ehrgeiziges Klimaschutzabkommen in diesem Jahr in Kopenhagen zu ebnen. Diese Schritte sind erforderlich, wenn wir den Anstieg der durchschnittlichen Welttemperatur um mehr als 2 Grad Celsius verhindern und eine weit reichende Klimakatastrophe abwenden wollen: eine Klimakatastrophe, die bestenfalls, gemäß Stern-Report, den Verlust von 5 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts ‚jetzt und für immer‘ mit sich bringt, oder schlimmstenfalls den Zusammenbruch ganzer Gesellschaften, wie ihn aktuelle Modelle über langfristige Wechselwirkungen zwischen

Umwelt und Wirtschaft voraussagen. Es ist sehr wichtig, dass der G20-Gipfel eine eindeutige Botschaft über die Notwendigkeit, in Kopenhagen ein Abkommen zu erzielen, aussendet. Ein solches Abkommen muss ehrgeizige Ziele für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) in den Industrieländern enthalten sowie eine wirksame Maßnahme zur Reduzierung oder dem kontrollierten Anstieg von THG-Emissionen in den Entwicklungsländern, um dort eine CO₂-arme Entwicklung in Gang zu bringen.

- 28** Die Regierungen müssen erkennen, dass ein Klimaschutzabkommen von einem breiten und nachhaltigen politischen Konsens über Ziele und Mittel, dieses Abkommen zu erreichen, abhängig ist. Dieses Abkommen muss verdeutlichen, dass die unterzeichnenden Regierungen die sozialen und ökonomischen Folgen seiner Umsetzung anerkennen, indem sie eine klare Strategie liefern, die deutlich macht, wie sie angegangen werden kann, da bisher Fragen der Beschäftigung zusammen mit den möglichen Vorteilen noch nicht behandelt wurden. Ein neues Klimaschutzabkommen muss die Regierungen ersuchen, über eine ‚gerechte Übergangsstrategie‘ zu verhandeln, diese zu planen und umzusetzen, damit die Schwächsten vor den Risiken des Klimawandels und vor den Folgen der Maßnahmen zur Anpassung an oder Milderung des Klimawandels geschützt werden können. Diese ‚Übergangsstrategien‘ müssen *unter anderem* eine Beratung mit den Gewerkschaften, Unternehmen und der bürgerlichen Gesellschaft einschließen sowie Kompetenzentwicklungsmodelle, Richtlinien für soziale Sicherung und wirtschaftliche Diversifizierung beinhalten.
- 29** Die Industrieländer sollten den ärmsten Ländern finanzielle und andere Hilfen bereitstellen, damit diese den Herausforderungen des Klimawandels gewachsen sind, u. a. durch den Anpassungsfonds des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC).

VI. Wirksame und rechenschaftspflichtige Weltwirtschaftsordnung

- 30** 1944 trafen sich die wichtigsten Länder der Welt in Bretton Woods, um neue Abkommen zu internationalen Fragen der Finanzen zu treffen, die einen Aufschwung mit sich bringen sollten. Heute sind größere Ambitionen vonnöten: Die Veränderungen müssen über die Regulierung des Finanzsystems hinausgehen. Die Krise hat ernsthafte Schwächen im Ordnungsmechanismus der Weltwirtschaft zutage gefördert. Es gibt zwar keinen Entwurf für eine optimale Weltwirtschaftsordnung, doch können die Regierungen damit beginnen, die Anforderungen an eine internationale Zusammenarbeit in Bereichen wie Umwelt, Finanzen, Entwicklungshilfe, Migration, Arbeit, Gesundheit und Energie zu definieren. Es ist offensichtlich, dass eine nationale Ordnung allein dafür nicht ausreicht und in einem ‚großen Global Deal‘ ein neuer weltweiter institutioneller Rahmen gefunden werden muss. Wenn die Agenda für einen gerechten Außenhandel vorankommt, bedarf es einer sehr viel stärkeren sozialen Säule, um den Strukturwandel, der einen intensiveren Wettbewerb auslösen wird, vorwegzunehmen und abzufedern. Der von den G20 eingeleitete Prozess enthält einige notwendige Elemente, ist jedoch viel zu stark auf Finanzprobleme ausgerichtet. Die Realwirtschaft, menschenwürdige Arbeit und Armutsabbau werden in ihren Diskussionen gegenwärtig nur am Rande behandelt. Außerdem sind Länder, die ein Drittel

der Weltbevölkerung repräsentieren, nicht am Tisch vertreten und haben keine Möglichkeit, die Arbeit der G20 zu beeinflussen.

31 Es bedarf eines neuen wirtschafts- und sozialpolitischen Forums zur Entscheidungsfindung auf globaler Ebene, das Wirksamkeit, Rechtmäßigkeit und Verantwortlichkeit miteinander verbindet. Ein möglicher Ansatzpunkt ist eine Charta oder ein Rechtsinstrument für eine Weltwirtschafts- und Weltsozialordnung, die auf den Instrumenten von OECD, WTO, IAO, IWF und Weltbank beruht, wie sie von der deutschen Bundeskanzlerin und dem italienischen Finanzminister vorgeschlagen wurden. Diese Charta würde die Leitlinien dieser Körperschaften miteinander verschmelzen und sich auf Normen wie die Kernarbeitsnormen der IAO und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, das OECD-Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung und die Corporate-Governance-Prinzipien beziehen. Sie würde Regeln zum Verhalten im Markt mit "ergänzende[n] Elemente[n]" in Bezug auf Beschäftigung und Unternehmensentwicklung, sozialen Schutz, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, tragfähige Beziehungen zwischen den Tarifpartnern und Rechte am Arbeitsplatz⁹ der Decent Work Agenda der IAO kombinieren. Wir drängen die Staats- und Regierungschefs der G20, diesen Vorschlag sorgfältig zu prüfen und den Beratungsprozess einzuleiten, der dem Weltgipfel der Staats- und Regierungschefs die nötige Autorität verleiht, um unsere zunehmend von gegenseitiger Abhängigkeit geprägte Weltwirtschaft zu lenken.

32 Die Regierungen müssen den Anfang machen, aber es kann nicht den Bankern und Vertretern der Finanzministerien überlassen bleiben, sich hinter verschlossenen Türen zu treffen. Die Gewerkschaften sind bereit, sich konstruktiv an diesem Prozess zu beteiligen und ersuchen die Regierungen, den Gewerkschaften einen Platz am Konferenztisch zu überlassen. Die Gewerkschaften sind vollständig an der neuen Wirtschaftsordnung zu beteiligen und in die Beratungsstrukturen der internationalen Organisationen zu integrieren, wie das bei der OECD der Fall ist. Gemäß dem Auftrag, den die von der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 2008 übernommene *Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung* erteilt hat, muss die IAO ins Zentrum einer neuen multilateralen Architektur rücken, die wirksam auf die gegenwärtige Krise in der marktorientierten Globalisierung reagieren kann, indem sie Beschäftigung, soziale Belange und die Förderung menschenwürdiger Arbeit in den Mittelpunkt der Entscheidungsfindung stellt.

33 Es ist nötig, die Vertretung und Stellung ärmerer Länder in den internationalen Institutionen und Prozessen zu erhöhen. Die Regierungen der Schwellen- und Entwicklungsländer müssen in den Institutionen der neuen Weltwirtschaftsordnung gleichberechtigt vertreten sein. Vor allem die Weltbank, deren Fokus die Entwicklungsländer sind, muss ihnen – anhand wirtschaftlicher, aber auch sozialer Kriterien – Stimmrechte verleihen, die mindestens denen der Industrieländer entsprechen. Auch der IWF benötigt dringend eine Reform. Seine Ordnungsstruktur sollte so verändert werden, dass die „Kunden“-Niedriglohnländer sowie die Schwellenländer, deren Bedeutung in der Weltwirtschaft in den vergangenen Jahren zugenommen hat -, stärker vertreten sind. Die Staats- und Regierungschefs der G20 haben sich schon

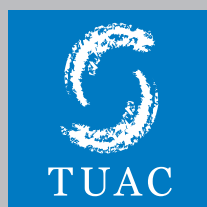
⁹ Gemeinsame Presseerklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, OECD-Generalsekretär Angel Gurría, WTO-Generaldirektor Pascal Lamy, IAO-Generalsekretär Juan Somavia, dem Geschäftsführenden Direktor des IWF Dominique Strauss-Kahn und Weltbankpräsident Robert B. Zoellick anlässlich ihres Treffens am 5. Februar 2009 in Berlin, verfügbar unter: www.oecd.org/dataoecd/39/42/42122353.pdf

bereit erklärt, den IFI größere Mittel bereitzustellen¹⁰, aber im Gegenzug müssen sowohl die Bank also auch der IWF damit aufhören, den Entwicklungs- und Schwellenländern Bedingungen zu stellen, die sie zu einer prozyklischen Politik zwingen. Zum Beispiel sehen die mit verschiedenen Regierungen seit Oktober 2008 ausgehandelten IWF-Notkredit-Vereinbarungen Zinssatzerhöhungen, die Reduzierung von Löhnen und Pensionen, höhere Gebühren für öffentliche Dienstleistungen und die Privatisierung staatseigener Organe vor. Mehrere Vereinbarungen enthalten die Verpflichtung, den sozialen Schutz so zu reformieren, dass diejenigen, die nicht zu den Schwächsten gehören, möglicherweise keinen Zugriff mehr darauf haben. Stattdessen müssen die neuen Vereinbarungen die Errungenschaften menschenwürdiger Arbeit und die Einhaltung der Kernarbeitsnormen untermauern. Regionale Körperschaften wie die Afrikanische Union (AU), der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sollten wie die Europäische Kommission einen festen Platz in den G20 haben.

VII. Schlussfolgerung

³⁴ Die Gewerkschaften kritisieren schon lange die einseitige Ausrichtung der wirtschaftlichen und sozialen Institutionen sowie die zunehmende Dominanz nicht regulierter und nicht zu beherrschender Finanzmärkte, die für den Finanzierungsbedarf der Realwirtschaft von Nachteil sind und sie ihrer Fähigkeit berauben, allen Menschen eine menschenwürdige Arbeit zu geben. Die Regierungen müssen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern und mit dem Input wichtiger internationaler Organisationen wie der IAO eine neue Weltwirtschaftsordnung schaffen. Dazu ist ein grundsatzpolitischer Paradigmenwechsel erforderlich, der ‚den Menschen Vorrang gibt‘. Die Gewerkschaften und die Beschäftigten, die wir vertreten, vertrauen jedoch nicht darauf, dass die Regierungen und Banker diesen Paradigmenwechsel dieses Mal vollziehen. Die Arbeitnehmer müssen einen Sitz an dem Konferenztisch bekommen. Vollständige Transparenz, Offenlegung und Beratung sind nötig. Die Organisationen von Global Union sind bereit, ihren Beitrag zum Aufbau einer gerechteren und ‚grünere‘ Zukunft zu leisten.

¹⁰ G20 Finance Ministers' and Central Bank Governors' Communiqué - 14 March, 2009 (Communiqué der G20-Finanzminister und der Zentralbankgouverneure, 14. März 2009)



ERKLÄRUNG ZUM G20-GIPFEL IN LONDON

LONDONER ERKLÄRUNG VON GLOBAL UNIONS

APRIL 2009